

**Wohnungsgeberbestätigung gemäß § 19 Absatz 3 Bundesmeldegesetz (BMG)****Zur Vorlage bei der Meldebehörde**Angaben zum **Wohnungsgeber** oder zu der vom Wohnungsgeber **beauftragten Person**

Familienname:	Vorname:
bei einer juristischen Person: deren Bezeichnung:	
Anschrift	
Postleitzahl:	
Ort:	
Straße:	
Hausnummer (einschließlich Adressierungszusätze):	

**Angaben zum Eigentümer der Wohnung**

(nur auszufüllen, wenn dieser nicht selbst Wohnungsgeber ist [§ 3 Absatz 2 Nummer 10 Bundesmeldegesetz] oder die Immobilie vom Eigentümer selbst bezogen wird)

Familienname:	Vorname:
bei einer juristischen Person: deren Bezeichnung:	
Anschrift:	
Postleitzahl:	
Ort:	
Straße:	
Hausnummer: (einschließlich Adressierungszusätze):	
Ggfls. weitere Eigentümer:	
Familienname:	
Vorname:	
bei einer juristischen Person deren Bezeichnung:	
Anschrift	
Postleitzahl:	
Ort:	
Straße:	
Hausnummer (einschließlich Adressierungszusätze):	

( ) Einzug / Datum des Einzugs: \_\_\_\_\_

( ) Auszug / Datum des Auszugs: \_\_\_\_\_

Anschrift der Wohnung

- in die eingezogen oder
- aus der ausgezogen wird.

Postleitzahl:  
Wohnort:  
Straße:  
Hausnummer:  
Zusatzangaben (z.B. Stockwerks- oder Wohnungsnummer):

Folgende **Person(en)** ist/sind in die angegebene Wohnung ein- bzw. ausgezogen:

Familienname:  
Vorname:

Familienname:  
Vorname:

Familienname:  
Vorname:

Familienname:  
Vorname:

Familienname:  
Vorname:

Familienname:  
Vorname:

Familienname:  
Vorname:

---

Datum, Unterschrift des Wohnungsgebers oder des Wohnungseigentümers (nur bei Eigennutzung)

**Angaben zu der vom Wohnungsgeber beauftragten Person**

Familienname: bei einer juristischen Person deren Bezeichnung: Postleitzahl: Ort: Straße: Hausnummer (einschließlich Adressierungszusätze):	Vorname:
--	----------

---

Datum, Unterschrift der vom Wohnungsgeber beauftragten Person

**Hinweis:**

Es ist verboten, eine Wohnungsanschrift für eine Anmeldung anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, wenn ein tatsächlicher Bezug der Wohnung weder stattfindet noch beabsichtigt ist. Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung des Ein- oder Auszugs sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Ein- oder Auszugs können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 10.00 Euro geahndet werden.